

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Löhne rauf, Arbeitszeiten runter!

Im letzten Jahr haben Beschäftigte mit großen Warnstreikmobilisierungen gezeigt, dass sie bereit sind, für ihre Forderungen einzutreten. Jetzt geht es in die Forderungsdiskussion für die nächste Runde. Dazu haben wir Vorschläge erarbeitet.

500 Euro monatlich – 12 Monate Laufzeit

Das letzte Tarifergebnis war aus unserer Sicht nicht ausreichend und hatte Reallohnverluste zur Folge. Die Verluste seit dem letzten Tarifabschluss werden 2025 gemessen an der im nächsten Jahr zu erwartenden Inflation im Schnitt 7% bzw. 200-300 Euro betragen. Deshalb schlagen wir auch für dieses Jahr eine Festgeldforderung in Höhe von 500 Euro vor, und zwar für eine Laufzeit von 12 Monaten. Eine Laufzeit von einem Jahr ist nötig, weil in den aktuellen Zeiten nicht sicher ist, wie sich die Inflation durch verschiedene Einflüsse kurzfristig entwickelt. Zudem sollte es endlich eine Angleichung der Tariflaufzeiten zwischen den Beschäftigten in Bund/Kommunen und den Ländern geben, um Kolleg*innen zeitgleich mobilisieren zu können.

35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

In der Arbeitszeit-Umfrage von ver.di ist es deutlich geworden: viele Kolleginnen und Kollegen fühlen sich ausgebrannt und erschöpft. Der Personalmangel führt dazu, dass viele ihre Überstunden nicht abbauen können, Pausenzeiten nicht nehmen, und viele gehen aufgrund der großen Belastung in Teilzeit. Für die notwendige Entlastung braucht es keine Wahlmodelle und auch keine neuen Teilzeitmodelle. Es braucht eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen im gesamten öffentlichen Dienst. Wir schlagen deshalb die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich vor.

Was bringt Arbeitszeitverkürzung?

Wichtig ist, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit ohne Lohnverluste zu verkürzen. Wie genau das dann für Schichtarbeiter*innen aussieht, damit es Wirkung zeigt, kann angepasst werden. Wichtig ist, dass es nicht weniger Geld gibt und auch im Tarifabschluss nicht eine Arbeitszeitreduzierung mit dem Verzicht auf eine Lohnerhöhung erkaufte werden muss. Denn viele können sich dann die notwendige Entlastung einfach nicht leisten. Weiterhin muss es einen Personalausgleich geben, was auch tarifvertraglich festgehalten werden sollte. Das bedeutet, dass die jeweiligen Arbeitgeber verpflichtet werden, die durch Arbeitszeitverkürzung frei gewordenen Stellen zu besetzen und nicht einfach den Arbeitsdruck weiter zu erhöhen. Auch gesamtgesellschaftlich ist es wichtig, für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu kämpfen, und somit den technologischen Fortschritt im Interesse der arbeitenden Menschen zu nutzen.

Personalmangel

Studien haben ergeben, dass mindestens 300.000 Vollzeitstellen in der Pflege besetzt werden könnten, weil entsprechend viele Pflegekräfte sich eine Rückkehr in den Beruf bzw. eine Aufstockung ihrer Teilzeitverträge vorstellen können, wenn sich die Arbeitsbedingungen verbessern. In anderen Bereichen gibt es wahrscheinlich nicht genügend ausgebildete Fachkräfte. Dieses Problem muss dann angegangen werden. Es braucht dafür demokratisch geplante Aus- und Weiterbildungs- bzw. Personalaufstockungspläne in den relevanten

Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, wo die Beschäftigten, Gewerkschaften und Verbraucher*innen ermitteln, was nötig ist. Das muss gepaart werden mit guten Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und Gehältern. Natürlich muss auch die Profitlogik aus den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge verbannt werden.

Utopisch?

Geld ist genug da. Es ist nur in den falschen Händen. In den letzten Krisen, sei es Corona oder Krieg und Inflation, gab es große Gewinner. Banken und Konzerne konnten sich über weitere Profitsteigerungen freuen, die oberen ein Prozent Einkommensmilliardär*innen haben ihre Vermögen weiter gesteigert. So erreichten die Top 100 Unternehmen in Deutschland Ende 2023 einen Rekord von 135 Milliarden Euro an Gewinnen und laut aktueller Forbes Liste kommen allein die zehn reichsten Deutschen auf ein Vermögen von mehr als 200 Milliarden Dollar! Gleichzeitig werden Milliarden in weitere Aufrüstung gesteckt, anstatt das Geld in den Ausbau des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesens zu stecken sowie in umweltfreundlichen öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Damit muss Schluss sein. Mit einer Millionärssteuer und einer zusätzlichen Milliardärsabgabe wäre es zudem möglich, die öffentliche Daseinsvorsorge massiv auszubauen und oben drauf noch Arbeitszeiten zu kürzen und die Löhne zu erhöhen.

Streikstrategie

Es ist nötig, von Anfang an eine Strategie zu diskutieren, die auf die Möglichkeit eines Erzwingungsstreiks hinzielt. Es braucht entschlossene Arbeitskampfstrategien. Kolleg*innen haben im letzten Jahr gezeigt, dass sie bereit zum Kämpfen sind. Doch die ver.di-Führung hat im letzten Jahr diese Bereitschaft nicht maximal ausgenutzt. Stattdessen wurde an einer Schlichtungsvereinbarung festgehalten, die dazu führte, dass die Dynamik des Arbeitskampfes unterbrochen wurde und ein schlechtes Ergebnis angenommen wurde. Möglich und nötig wäre eine Urabstimmung mit Erzwingungsstreik gewesen. Die Schlichtungsvereinbarung kann mit einem

Monat zum Quartalsende gekündigt werden – es ist also noch früh genug. Wir bringen wo möglich Anträge zur Kündigung der Schlichtungsvereinbarung ein. Wir halten es für eine gute Idee, wenn Kolleg*innen, die zeitgleich in Tarifaueinandersetzungen stehen, auch gemeinsam auf die Straße gehen. So werden zum Beispiel die Tarifverträge von Kolleg*innen bei der Post zur gleichen Zeit auslaufen. Dies sollte dazu genutzt werden, um zusammen zu demonstrieren, denn das gibt ein Gefühl von Solidarität und Stärke. Zudem sollte die gesamte ver.di und der DGB eine Solidaritätskampagne für diese Tarifrunde vorbereiten.

Streikdemokratie

Wir denken aber auch, dass Kolleg*innen das Heft selbst in der Hand halten sollten und über alle wichtigen Schritte im Arbeitskampf diskutieren und entscheiden sollten. Mittel dafür sind aus unserer Sicht: Wahl von örtlichen Streikleitungen auf Versammlungen; regelmäßige Streikversammlungen; Transparenz über die Verhandlungen und Berichte auf den Streikversammlungen über den Stand; Diskussionen über Verhandlungsstand und nächste Arbeitskampschritte auf den Streikversammlungen mit Abstimmungen; Wahl von Streikdelegierten zu bezirklichen und bundesweiten Streikdelegiertenkonferenzen. Diese sollten Befugnis erhalten, um über Annahme oder Ablehnung von Verhandlungsangeboten abzustimmen, sowie über die nächsten Schritte im Arbeitskampf zu beraten und zu entscheiden, d.h. sowohl über Abbruch als auch Weiterführung eines Streiks.

Unser Netzwerk

Wir, Kolleg*innen aus verschiedenen Bereichen, treffen uns, um gemeinsam Vorschläge und Anträge in ver.di einzubringen und auch selbst Initiativen vor Ort zu ergreifen, wie zum Beispiel für eine Koordinieren mit anderen Arbeitskämpfen. Tretet in Kontakt mit uns und beteiligt euch. Gemeinsam setzen wir uns für eine kämpferische und demokratische ver.di und einen effektiven Arbeitskampf ein.

Webseite: www.netzwerk-verdi.de

Email: info@netzwerk-verdi.de